

Dresdner Volkszeitung

Verleger: Dr. H. K. Schmidt, Dresden, R. 20818.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Kretschmer, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Beleglohn monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Legation 5.10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zeitungsplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zeitungsplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltige Zeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/2 9 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 31.

Dresden, Freitag den 7. Februar 1919.

30. Jahrg.

Vor der Regierungsbildung.

In Deutschlands schwerster Stunde ist gestern die Weimarer Nationalversammlung zusammengetreten. Trotdem schon seit Monaten die blutigen Kämpfe auf dem Kriegsschauplatz ausgebrochen haben, ist noch immer das deutsche Volk von den schwersten Gefahren bedroht. Obgleich jeder deutsche Widerstand ausgeschloffen ist, gieben unsre Gegner den Friedensschluß von Monat zu Monat hin. Die Notlage dauert noch immer an und das deutsche Volk ist deshalb von dem Schicksal der Hungernot bedroht. Im Lande geht noch immer der spartakistische Wahnsinn um. Kaum ist es in einem Orte gelungen, geordnete Zustände herzustellen, kommt die Meldung, daß irgendwoanders ein Putsch losgegangen ist.

Mit Recht konnte Ebert in der Rede, mit der er die Nationalversammlung eröffnete, den Vorwurf zurückweisen, daß die elenden Zustände, unter denen wir jetzt zu leiden haben, die Folge der Revolution seien. Durch den langandauernden Krieg, durch das jahrelange Hungern und Darben sind die Kräfte des deutschen Volkes zermürbt, seine Nerven aufs schwerste erschüttert. Deswegen darf man sich nicht darüber wundern, daß mancherlei geschieht, was man sonst dem rüchtern und vernünftigen Deutschen nicht zutraut hätte. Aber wir dürfen deshalb die Hoffnung auf einen neuen Aufstieg nicht aufgeben, und aus der Rede Eberts klang die Hoffnung heraus, daß es gelingen wird, das deutsche Volk einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Ein Angehöriger der Arbeiterklasse hat die Nationalversammlung eröffnet, und wenn nicht alles klappt, wird auch die Arbeiterklasse in Zukunft einen großen Einfluß auf die deutsche Politik haben. Unser Vorkämpfer Ferdinand Lassalle hat vor mehr als einem halben Jahrhundert dargelegt, daß die Arbeiterklasse berufen ist, Vannierträger des Fortschritts und der Kultur zu sein. So können wir hoffen, daß Deutschland sich nicht nur von seiner Niederlage erholt, sondern auch bald der ganzen Welt ein Vorbild wird, zu dem die Massen der Völker emporsehnen. Auf dem Wege zum Sozialismus, mit dessen Hilfe die Völker eine bisher nie gekannte Kulturhöhe erreichen werden, wird, so können wir hoffen, Deutschland vorangehen.

Die erste Aufgabe, die die Nationalversammlung zu lösen haben wird, ist die Schaffung einer leistungsfähigen Regierung. Setzen unserer demokratischen Grundfragen wird die sozialdemokratische Fraktion sich bemühen, eine Regierung zustande zu bringen, hinter der die Mehrheit der Nationalversammlung steht. Selbstverständlich wären wir sehr gern bereit, auch den Unabhängigen die Hand zu reichen, und würden es begrüßen, wenn auch Vertreter der Unabhängigen in die Regierung eintreten. Aber freilich muß sich diese Partei darüber klar sein, daß vor allen Dingen in Deutschland für gesellschaftliche Zustände gesorgt werden muß und daß mit eiserner Energie gegen die spartakistischen Unruhestifter vorgegangen werden muß. Solange die Unabhängigen nicht einen scharfen Trennungsstrich zwischen sich und den bolschewistischen Tollhäuslern ziehen, ist ein Zusammenarbeiten nicht möglich. Auch mit den Unabhängigen zusammen haben wir in der Nationalversammlung keine Mehrheit. Deshalb muß in jedem Fall noch eine andre Partei zur Mehrheitsbildung herangezogen werden. Als feststehend kann man es wohl schon heute bezeichnen, daß Angehörige der demokratischen Partei in die Regierung eintreten werden. Zweifelsfrei ist in dieser Stunde noch, ob auch das Zentrum an der Regierung teilnehmen wird. Zwar genügt an sich die Unterstützung der Demokratie zur Bildung einer parlamentarischen Mehrheit, doch unter den gegenwärtigen Umständen ist es wünschenswert, daß eine möglichst große Mehrheit hinter der Regierung steht, denn desto leichter wird die Regierung ihre Autorität nach innen aufrecht erhalten und mit um so größerem Nachdruck wird sie bei den Friedensverhandlungen auftreten können. Schon vor der Revolution hat ja die Sozialdemokratie mit dem Zentrum gemeinsam gearbeitet. Hatte doch in dieser Partei der Gedanke des Verständigungsfriedens entscheidende Anhänger gefunden. Freilich, ein einheitliches Gebilde war die Zentrumspartei nie. Sie hat demokratisch und aristokratisch-feudale Elemente in dieser Partei miteinander gekämpft. Die Wahlen zur Nationalversammlung dürften eine Stärkung des demokratischen Einflusses in die Partei gebracht haben und so ist es denkbar, daß die Sozialdemokratie auch mit der christlichen Volkspartei ein Etich Weges zusammengeht. Schwierigkeiten werden sich vor allen Dingen dann ergeben, wenn es sich um Kirchen- und Schulfragen handelt. Aber diese Fragen dürften zunächst von der Nationalversammlung noch nicht endgültig zu lösen sein.

In jedem Fall dürfen wir hoffen, daß uns die Nationalversammlung eine Regierung bringt, die sich auf die große Mehrheit des deutschen Volkes stützen kann und die auch vom Ausland allgemein anerkannt wird.

Daß die Nationalversammlung zusammenzutreten konnte, hat das deutsche Volk der Weimarer Sozialdemokratie zu verdanken, die mit den spartakistisch-unabhängigen Gegnern der Demokratie kämpften mußte, damit dem deutschen Volk sein Recht auf eine demokratische Vertretung wurde. Möge die Nationalversammlung zum Wohle des deutschen Volkes gute Arbeit leisten.

Eberts Eröffnungsrede.

Meine Damen und Herren! Die Reichsregierung begrüßt durch mich die berufende Versammlung der deutschen Nation. Besonders herzlich begrüße ich die Frauen, die zum ersten Male gleichberechtigt im Reichsparlament erscheinen. Die provisorische Regierung dankt ihr Mandat der Revolution. Sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. (Beifall.) In der Revolution erhob sich das deutsche Volk gegen eine veraltete, zusammenbrechende Gewaltherrschaft. (Rufen rechts.) Sobald das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gesichert ist, steht es zurück auf dem Weg der Befähigung. Nur auf dem besten Wege der parlamentarischen Verfassung und der Verfassungsgestaltung ist die unaufhebbarsten Veränderungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete durchzuführen, ohne das Reich und seine Wirtschaft zugrunde zu richten. (Sehr wahr!) Deshalb begrüßt die Regierung in dieser Nationalversammlung den geduldeten und einseitigen Souverän in Deutschland. Mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei. (Beifall links.) Rufen rechts. Wiederholter linker Beifall links. (Sehr wahr!) Wir verneinen niemand eine sentimentale Erinnerungsfeier, aber so gewiß diese Nationalversammlung eine große republikanische Mehrheit hat, so gewiß sind die alten gottgegebenen Abhängigkeiten für immer beseitigt. Das deutsche Volk ist frei und regiert in alle Zukunft sich selbst. (Zurufe von den U. Soz.: Mit Recht!) Diese Freiheit ist der einzige Trost, der dem deutschen Volke geblieben ist, auf dem es sich aus dem Schlimmsten des Krieges wieder herausarbeiten kann. Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution.

Keine Folge der Revolution.

(Rufe rechts: Oho! Rufe links: Nein, niemals!) Meine Damen und Herren! Es war die kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete und uns Freiheit machte. (Zurufe: Ludendorff hat es gemacht!) Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angehörs der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. (Sehr wahr!) Die Revolution lehnt die Verantwortung für das Uebel ab, in das die verkehrte Politik der alten Gewaltherrschaft und der leichtsinnige Uebermut der Militärischen das deutsche Volk geführt haben. (Sehr wahr! und lebhaftes Bravo! bei den U. Soz., Widerspruch rechts.) Sie ist auch nicht verantwortlich für unser Schwere Lebensmittelelnot.

(Sehr wahr! Widerspruch und Zurufe: Soldatenräte!) Die Tatsache, daß wir durch die Hungersnot viele Hunderttausende von Menschenleben verloren haben, daß ihr Hunderttausende von Männern, Frauen und Kindern zum Opfer gefallen sind, ist die Reue, daß wir ohne Rücksicht und Lebensmittelelnot aus den gegnerischen Händen ausgeliefert haben. Aber nicht nur uns, auch unsere Gegner hat der Krieg ungeboret erschöpft. Aus dem Geiste der Erschöpfung bei unfern Gegnern entspringt ihre Bestrebung, sich schoblos

Auf zur Stadtverordnetenwahl!

Wähler und Wählerinnen!

Der kommende Sonntag rüft euch noch einmal zu den Urnen. Unter gleichem Rechte für alle sollt ihr die Stadtvertretung neu gestalten. Sie, die bisher durch ein abstraktes „Recht“ der Vergewaltigung der arbeitenden Klasse den Vertretern des Besitzes die Herrschaft sicherte gegen den Willen der Mehrheit, soll nun nach der unberückten Willensmeinung der gesamten Einwohnerschaft neu gewählt werden. Damit aber stürzt zugleich das mit der Klassenherrschaft untrennbar verbundene alte System der Interessentwirtschaft. An seine Stelle tritt das Wohl der Gesamtheit. Am Gemeinwohl arbeiten! Das ist der Grundgedanke aller seitherigen Anstrengungen der Sozialdemokratie.

Sie wird sich ihm nur mit größerem Erfolge widmen dürfen, wenn die Wählerschaft dafür Sorge trägt, daß die sozialdemokratische Kandidatenliste den gewaltigen Erfolg aufs neue davonträgt, den sie bei der Wahl zur Nationalversammlung errang.

In den Händen der Wähler liegt am Sonntag die Entscheidung darüber, wie fernhin die großen und zahlreichen Aufgaben erfüllt werden sollen, die vergangene Jahre gestellt haben, die unter der alten Klassenherrschaft vernachlässigt wurden und die an Zahl und Bedeutung

durch den Krieg und seine Folgen unendlich verstärkt in die Erscheinung treten. — Und so gilt es denn fürs erste, tatkräftig zu arbeiten, um

drängender Not zu begegnen.

Am Aufbau des Erwerbslebens muß auch das Gemeinwesen nach Kräften mitwirken. Zehntausende von Händen verlangen nach Betätigung, ohne daß es jetzt möglich wäre, aus ihrer wertvollen Kraft Hilfe für die Rettung unseres Volkes vor dem Zusammenbruch zu erlangen. Solange die Arbeitslosigkeit aber unabänderlich ist, muß die Allgemeinheit dafür sorgen, daß nicht ungeheure Massen von Volksgenossen, die sich und ihre Existenz dem Reiche opfernden, zugrunde gehen

Erhaltung des Menschengeschlechts, nachdem der Krieg seinen furchtbaren Ueberlast an den lebensfähigsten Menschen verübt hat, Schutz der jungen Menschenblüte, Schutz den Schwangeren und Wöchnerinnen, Bekämpfung der hohen Sterblichkeit der Säuglinge, Sorge für die Ernährung, Speisung der Schulkinder, Bekämpfung der furchtbar überhandnehmenden Schwindsucht, Bekämpfung des Wohnungslebens, Sorge für die Opfer des Krieges, Arbeitsvermittlung, Hilfe für die Erwerbslosen, Humanität in der Armenfürsorge, allgemeine Wohlfahrtspflege, großzügige Sozialpolitik, gerechte Ausgestaltung der Arbeits- und Entlohnungsverhältnisse der Gemeinbeangeestellten und Arbeiter! — Das sind die Zielpunkte, nach denen die Sozialdemokratie arbeiten wird, wie sie schon seither um sie gerungen hat. Im Schulsystem muß gründlicher Wandel eintreten.

Wir fordern: Allgemeine Volksschule, Einheitschule — ein Schulsystem, das gleichen Anspruch auf Bildung begründet. Nur allein „freie Bahn den Tüchtigen“ schafft, deren bisher Tausende zugrunde und der Menschheit verloren gingen, weil die Bildung eine Ware darstellte, die allein dem Zahlungsfähigen zu Gebote stand.

In der Steuerfrage kämpfte die Sozialdemokratie schon immer für soziale Gerechtigkeit. Direkte Besteuerung, stufenweis stärker steigende Steuer auf Einkommen und Vermögen gewährleistet allem eine gerechte Verteilung der Steuerlast, entlastet den Kernern, schont den Mittelstand und schiebt die größere Last dem Reichen zu, den sie nicht schmerzt.

Ausgleich der Lasten im Staate wird ferner von der Sozialdemokratie erstrebt, um die Gemeinde von einem Steuerdruck zu befreien, der sie zu Unrecht trifft, sie lähmt und erdrückt.

Ein maßgebender Teil der Entscheidung liegt in den Händen der Frauen. Darum liegt aber auch

in den Händen der Frauen die schwerste Verantwortung.

Die bürgerlichen Parteien, bisher Feinde der Frauenrechte, legen nun gerade ihre Hoffnungen auf die Frauen, auf ihren Mangel an politischer Uebung, auf den vermeintlichen Unverstand der Frauen. Macht sie zuschanden, ihr Wählerinnen! Seid auf eurer Hut! Weht nicht den Feinden eurer Rechte ins Reh! Müßt das gleiche Recht, um das gleiche Recht zu kämpfen! Nur im gleichen Recht liegt die Gewähr, daß das Gemeinwesen der Wohlfahrt aller dient. Die alte Rechtsungleichheit diente nur den Sonderinteressen.

Darum alle an die Wahlurne! Der 9. Februar werde ein Tag neuen Sieges! Weht alle mit dabei und sorgt, daß nicht

Der Sieg der Wahlfäulheit der Sieg der Gegner werde. Wählt einmütig die Liste

Kühn, Nizsche u. Genossen!